

Arbeitskräftemangel in der Zukunft? (Teil I)

Über statistische Taschenspielertricks (oder Denkfehler) in der Demografie-Debatte und die „Demografisierung“ einer sozialpolitischen Diskussion
Demografische Gedankenspiele haben seit Beginn des neuen Jahrtausends Hochkonjunktur. Dabei wird vor allem die Angst vor der Alterung der Gesellschaft bewusst instrumentalisiert, um den Sozialstaat „umzubauen“ oder, wie gerne formuliert wird, „an die veränderten demografischen Bedingungen anzupassen“. Das schlägt sich in sinkenden realen Renten, längeren Wochen- und Lebensarbeitszeiten für Beschäftigte sowie einer zunehmenden privaten Vorsorge für Krankheit und Alter nieder. Sogar die Schuldenbremse wird häufig demografisch begründet. Auch zurzeit wird wieder Angst geschürt. Diesmal nicht vor den vielen Alten, sondern vor einer Zukunft, in der es angeblich zu wenige Arbeitskräfte gebe, um unsere Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten. Von **Klaus Bingler und Gerd Bosbach**

So schreibt die Fraktion der CDU im NRW-Landtag: „Besonders stark betroffen von Einwohnerschwind und Altersverschiebung ist die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 20 und 65 Jahren. Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von durchschnittlich 100.000 Personen geht ihre Zahl deutschlandweit von heute knapp 50 Millionen zurück ... auf 33 Millionen 2060.“ (Drucksache 16/2133, Landtag NRW)
Dieser dramatische **Rückgang des Arbeitskräftepotenzials von 34%** - übrigens erstmals in dieser Form vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes 2009 bei der Präsentation der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung öffentlich dargestellt (Roderich Egeler, Pressekonferenz 18.11.2009, Berlin), soll der NRW-CDU dazu dienen, die Notwendigkeit der Schuldenbremse zu untermauern. In ähnlicher demografischer Richtung wird oft argumentiert, wenn es um die angebliche Unbezahlbarkeit sozialer Leistungen geht, da es in Zukunft zu wenig junge Leute für die vielen zu versorgenden Alten gebe. Dabei wird nicht nur die immer noch hohe Zahl der Arbeitslosen ausgeblendet, sondern mit drei Taschenspielertricks (Denkfehler) wird aus eigentlich harmlosen Bevölkerungsschätzungen eine Bedrohung hergeleitet. Mit allen sozialpolitischen Folgen, wie länger arbeiten, weniger Rente, Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich. Bei einer genaueren Überprüfung lassen sich jedoch durch die vom Statistischen Bundesamt berechneten und von der CDU benutzten Daten lediglich ableiten, dass **das Arbeitskräftepotenzial bis 2060 jährlich um 0,23% sinken** werde. Und das wäre mit der Produktivitätsentwicklung einer Wettbewerbsgesellschaft leicht zu meistern, sogar ohne eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen.

Kann es tatsächlich sein, dass uns ständig Angst mit Zahlen gemacht wird, die bei vernünftiger Betrachtung überhaupt keinen Anlass zur Dramatik bieten? Sollte der Ausgangspunkt vieler sozialpolitischer Entscheidungen, die Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung bis 2050 oder 2060, so kräftig fehlinterpretiert worden sein?

Wir glauben ja und sind davon überzeugt, dies nachvollziehbar belegen zu können. Dazu müssen wir allerdings etwas genauer in diese Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes schauen.

A. **Aus 34% weniger Arbeitskräftepotenzial werden 0,23% jährlich**

Grundlage der oben zitierten Rechnungen und der daraus folgenden Befürchtungen ist die 2009 veröffentlichte 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bis 2060. In ihrer meist zitierten Variante V1-W1, der sogenannten Untergrenze der mittleren Bevölkerungsentwicklung, wird angenommen:

- die Lebenserwartung steigt um 7,2 Jahre bei den Mädchen und um 8,0 Jahre bei den Jungen
- die Geburtenzahl bleibt bei 1,4 Kindern pro Frau und
- im Schnitt wandern jährlich 100.000 Menschen mehr nach Deutschland zu als ab (Wanderungssaldo).

Gerechnet wurde auf den Bevölkerungsstand des Jahres 2008.

Damit ergibt sich rechnerisch für 2060 tatsächlich die oben genannte Zahl von knapp 33 Millionen 20- bis unter 65jährigen. Gegenüber den knapp 50 Millionen im Jahre 2008 ist das ein Minus von 34 %.

So weit so richtig, wenn man über die Korrekturen des Bevölkerungsstandes durch den Zensus 2011 hinweg sieht.¹ Aber die **Interpretation** der Daten als dramatischer Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials **ist völlig falsch**.

Denn diese Deutung übersieht bewusst oder unbewusst:

1. Eine kleinere Bevölkerung braucht auch weniger Arbeitskräfte. Entscheidend ist also nicht die Anzahl, sondern der Anteil der Arbeitskräfte!

¹ s. dazu „Deutschland ist weniger alt als gedacht“, Der Tagesspiegel 29.4.2014

2. Das Renteneintrittsalter wurde in der Rechnung konstant mit 65 Jahren angenommen, heute wie 2060! Damit wird die Rente ab 67, umgesetzt für den Großteil der Beschäftigten schon bis 2027, komplett ausgeblendet!
3. Die Verringerung des Arbeitskräftepotenzials ist kein Problem von morgen, sondern eine Leistung, für die wir 52 Jahre Zeit haben (2008 bis 2060).

Bauen wir diese schlichten Tatsachen in die Rechnung des Bundesamtes mit ein, so wird aus dem Minus von 34% ein jährliches Absinken von 0,23%.

Die Einzelheiten zu den Denkfehlern, ergänzt mit ein paar interessanten Bemerkungen, folgen nach der tabellarischen Übersicht.

12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland			
Variante V1-W1, die öffentlich meist zitierte Variante			
Wanderungsaldo 100.000			
Lebenserwartung Mädchen +7,2 J., Jungen + 8,0 J.			
Bevölkerungsstand 31.12.2008			
	2008	2060	Rückgang 2060 zu 2008
20 bis unter 65-Jährige	49,7 Mio.	32,6 Mio.	34,4 %
Bevölkerung	82,0 Mio.	64,7 Mio.	21,2 %
<u>Anteil</u> der 20 bis unter 65-Jährigen	60,6 %	50,4 %	16,8 %
Anteil der 20 bis <u>unter</u> 67-Jährigen		52,9 %	12,7 %
jährlicher Rückgang			0,23 %

Aspekt 1:

Eine kleinere Bevölkerung braucht auch weniger Arbeitskräfte

An sich eine Binsenweisheit, aber trotzdem in der demografischen Debatte fast immer übersehen. Halbiert sich eine Bevölkerung, wird auch nur etwa die Hälfte der Arbeitenden zur Versorgung gebraucht, selbst ohne Berücksichtigung von Produktivitätssteigerungen und einem Abbau von Arbeitslosigkeit. In der oben zitierten Variante sinkt die Bevölkerung von 82 auf knapp 65 Millionen Menschen, also um mehr als 20%. Die Anzahl der Erwerbsfähigen kann also nicht die maßgebliche Größe sein. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist entscheidend.

Alleine die Berücksichtigung, dass 20% weniger Erwerbsfähige gebraucht werden, halbiert die Dramatik der Ausgangszahl von 34,4 auf 16,8 %!²

Aspekt 2:

7,5 Jahre länger leben und keinen Tag länger arbeiten?

Die Rente ab 67 wird komplett ausgeblendet.

Diese unglaubliche freche Annahme der dramatisierenden Publizistik soll im Folgenden etwas ausführlicher hinterfragt werden. Unsere Schwarzseher gehen tatsächlich 2008 wie 2060 vom gleichen Renteneintrittsalter aus. Und das, obwohl unterstellt wird, dass wir 7 bis 8 Jahre länger leben, Arbeitskräftemangel befürchtet wird und obwohl schon bis 2027 die Rente ab 67 umgesetzt sein wird.³ Hier wird eine Notsituation konstruiert, die einer näheren Überprüfung nicht standhält. Immerhin werden so zwei Jahrgänge Arbeitsfähiger fast vollständig der Gruppe der zu versorgenden Rentner zugeschlagen. Zur Rechtfertigung für diese Annahme, wenn sie ausnahmsweise einmal erklärt werden muss, dient das Argument, dass ja nicht alle Menschen bis zur gesetzlichen Altersgrenze arbeiten und man ein durchschnittliches Eintrittsalter von 65 Jahren anstrebe. Das ist zwar nachvollziehbar, aber dann müsste heute auch der tatsächliche Renteneintritt im Schnitt mit 63 Jahren bei den Rechnungen unterstellt werden. So oder so, mit diesem Trick werden 2 ganze Jahrgänge Arbeitsfähiger einfach unterschlagen.

Berücksichtigen wir bis 2060 nur einen zwei Jahre späteren Renteneintritt, ignorieren also alle weitergehenden Forderungen wie die nach Rente mit 70 oder 75, so beträgt die Reduktion des Arbeitskräftepotenzials nur noch 12,6 %. Jeder Achte müsste ersetzt werden.

Das ist eine Größenordnung, die fast in der näheren Zukunft als realisierbar erscheint, aber nach den offiziellen Rechnungen haben wir dafür noch 52 Jahre Zeit!

² Entsprechende Hinweise in Diskussionen mit Politikern werden meist nicht mit Freude, sondern mit Abwehr aufgenommen. Bemerkenswert, bei Reduzierung einer Schuldenlast um die Hälfte freut sich doch auch jeder.

³ Für eine Gruppe von langfristig Arbeitenden gilt ab 2027 noch das Renteneintrittsalter 65 nach der Regelung, die heute fälschlicherweise unter Rente mit 63 bekannt ist.

Aspekt 3:

In 50 Jahren wirken selbst kleine jährliche Veränderungen groß

Auch dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Eine nur einprozentige jährliche Steigerung bedeuten in 50 Jahren schon zwei Drittel mehr. Und „zwei Drittel mehr“ wirken wie große Veränderungen.⁴ Bleiben wir also lieber bei den jährlichen Veränderungen. Und diese betragen bei Gültigkeit der angeblich dramatischen Ausgangsdaten gerade mal 0,23 %. Damit wird aus jeder achten zu ersetzenden Arbeitskraft in 52 Jahren ein jährlicher Ersatzbedarf von etwa jeder 400ten Stelle, welcher sicherlich locker aufgrund der Produktivitätsentwicklung zu meistern wäre. Konsequenterweise weiter gedacht, erscheint auch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 gar nicht nötig zu sein, wenn die offiziellen Prognosen zur Bevölkerung annähernd so eintreffen sollten. Denn auch bei gleichbleibendem Renteneintrittsalter ergibt sich nämlich lediglich eine jährliche Reduktion des Erwerbskräftepotenzials um 0,30%. Wenn eine Wettbewerbswirtschaft diesen Produktivitätseffekt nicht leistet, hat sie ganz andere Probleme als die gesellschaftliche Alterung!

Auch wenn rechnerisch alles leicht nachvollziehbar ist, wirkt das Ergebnis doch sehr erstaunlich, fast wie Hexerei: Aus einer Schrumpfung der arbeitsfähigen Bevölkerung um gut ein Drittel bis 2060 wird ein Rückgang des Anteils der Erwerbsfähigen um nur 0,23% pro Jahr. Um das Ergebnis auch gefühlsmäßig begreifen zu können, blicken wir in die jüngere Vergangenheit und betrachten die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitszeiten seit der Wiedervereinigung.

⁴ Stellen Sie sich nur vor, Sie würden 2/3 mehr Lohn fordern!

Weitere anschauliche Beispiele für dieses Bluffen mit 50-Jahresrechnungen finden Sie in Bosbach/Korff: "Lügen mit Zahlen - Wie wir mit Statistiken manipuliert werden", Kap. 10. So ist der Bierpreis in Kölner Kneipen in den letzten 45 Jahren um über 400% gestiegen, ohne dass die Autoren auf das Getränk verzichten müssen!

Von 1991 bis 2013, den wahrlich wirtschaftlich nicht sehr erfolgreichen Jahren seit der Wiedervereinigung⁵, wurde mit 4,4% weniger Arbeitsstunden das reale Bruttoinlandsprodukt um über 30% gesteigert. Wenn in 22 Jahren so eine Entwicklung möglich ist, warum sollte dann in über 50 Jahren nicht jede achte Arbeitskraft ersetzt werden können?

Konfrontiert man die Dramatisierer mit diesen drei einfachen, verständlichen Aspekten, bleibt ihnen häufig nur noch die Flucht. Sie verweisen darauf, dass dies doch alles nur Zahlenspiele seien. Ja, das stimmt, aber diese „Zahlenspiele“ basieren ja gerade auf den Zahlen, mit denen sie uns ständig Angst einjagen, nur sind diese diesmal sachgerecht aufbereitet. Indem man die von uns dargestellten Ergebnisse leugnet, flieht man also quasi vor den wirklichen Konsequenzen, die sich aus den Zahlen ergeben, die ständig präsentiert werden, um die Öffentlichkeit zu verängstigen.

B. Warum diese dramatisierenden Zahlenspiele?

Natürlich wissen die Schöpfer der demografischen Horrorszenarien selbst, dass sie weder 50 Jahre in die Zukunft blicken können⁶, noch dass Ihre Daten wirklich Anlass zur Panik bieten. Sie benutzen die Zahlen lediglich, um die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu manipulieren – kein wirklich seltenes Phänomen in unserer Republik⁷. Nur mithilfe des Demografie-Hammers war es möglich, den massiven Einstieg in die private Absicherung für das Alter durchzusetzen. Hauptgewinner dieser Strategie

⁵ Anfänglich bereitete, wie man der Grafik entnehmen kann, die Wiedervereinigung Probleme, ab 2001 gab es eine vierjährige wirtschaftliche Depression, um das Jahr 2009 bewirkte die Finanzkrise einen bisher nie gekannten Abschwung – als Höhepunkt mit einem Minus von 5,6% - und 2012 und 2013 herrschte mit Wachstumsraten von 0,4 und 0,1% fast schon wieder Stagnation.

⁶ Vgl. dazu Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren! In: [Gewerkschaftliche Monatshefte](#), Februar 2004

⁷ s. dazu Bosbach/Korff: "Lügen mit Zahlen - Wie wir mit Statistiken manipuliert werden"

waren bekanntlich die Versicherungen und die Arbeitgeber, die mit diesem Einstieg eine Deckelung ihres Beitrages für die gesetzliche Rente erreichen konnten. Immerhin wurde für die Sicherung von Milliardengewinnen schon Schlimmeres getan, als harmlose Bevölkerungsdaten zu einem Instrument für dramatisierende Gedankenspiele umzufunktionieren.

Leider führte die Angst vor der demografischen Entwicklung auch dazu, dass das klare Denken erschwert wird. Ansonsten könnte man sich verdeutlichen, dass die angeblich zu wenigen Kinder in Deutschland nicht zu überfüllten Kindergärten, Schulen und Hochschulen führen können. Und dass es keine sinnvolle Sparmaßnahme ist, diesen Kindern zu wenig Bildung zukommen zu lassen, sondern dass genau dies zu den zukünftigen Versorgungsproblemen führen kann, welche die Panikmacher der „Demografie“ (Anmerkung: gemeint ist ja genau genommen die demografische Entwicklung, daher Anführungszeichen) in die Schuhe schieben. Und frei von Angst könnte man erkennen, dass eine „Sockelarbeitslosigkeit“ von offiziell etwa drei Millionen Menschen nicht zu dem angeblich knapp werdenden Arbeitskräftepotenzial passt.

Solche offensichtlichen Widersprüche – einerseits die Angst vor zu wenigen Versorgern in der Zukunft, andererseits die mangelnde Bereitschaft, heute die späteren Versorger richtig auszubilden; einerseits die Furcht vor zu wenig Arbeitskräften, andererseits die Bereitwilligkeit, sich mit einer Sockelarbeitslosigkeit von offiziell 3 Millionen Menschen abzufinden⁸ – werden mithilfe demografischer Schwarzmalerei übertüncht.

Bevor wir uns einem weiteren großer Irrtum in der Diskussion – dem viel zu hoch eingeschätzte Stellenwert von Bevölkerungszahlen für eine gesellschaftliche Entwicklung – zuwenden, sollten wir das Bisherige noch einmal kurz festhalten:

Mit Zukunftsdaten für die Bevölkerung in Deutschland wird ständig Angst gemacht. Dabei werden folgende elementare Selbstverständlichkeiten ausgeblendet: eine kleinere Bevölkerung braucht auch weniger Arbeitskräfte; bei Arbeitskräftemangel müsste man für 2060 die schon beschlossene Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre berücksichtigen; für die sich aus den Berechnungen ergebende Entwicklung haben wir 52 Jahre Zeit. Würde man dies unter Zugrundelegung der

⁸ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wollten 6,7 Millionen Menschen in Deutschland 2012 (mehr) arbeiten, s. deren Pressemitteilung Nr. 297 vom 05.09.2013

Daten, welche die Angstmacher anführen, berücksichtigen, bliebe lediglich ein Absinken des Arbeitskräftepotenzials von 0,23% pro Jahr übrig. Sicherlich kein Anlass zur Dramatik.

C. Demografisierung einer Diskussion

Viele gesellschaftliche Entwicklungen werden heute eng mit der Entwicklung der zukünftigen Bevölkerungszahlen in Zusammenhang gebracht. „Wegen der vielen Älteren müssen wir ...“, „Aufgrund der niedrigen Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau ist es unumgänglich...“ und – wie am Anfang des Artikels beschrieben – „Wegen des drohenden Absinkens des Erwerbspotenzials ist ...“ – das sind Floskeln, die aus der heutigen Diskussion nicht mehr weg zu denken sind. Im Kern wird damit die Bevölkerungsentwicklung als die mit Abstand wichtigste Einflussgröße für unsere Zukunft betrachtet.

Es ist kaum einsichtig, warum die vielen anderen Einflussgrößen, wie die Entwicklung von Arbeitslosigkeit, die Bildung der Bevölkerung, die Entwicklung der Wirtschaft anderer Länder oder Kontinente, die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen unserer Verantwortlichen, die Entwicklung der Finanzmärkte und der Umwelt usw. usf. von einer weit untergeordneten Bedeutung sein sollen. Noch nicht einmal zusammen sollen sie angeblich so wichtig sein wie die Demografie!!! Schon ein Blick auf die im letzten Jahrhundert erzielten wirtschaftlichen und sozialen Erfolge, die trotz Alterung und einer abnehmenden Zahl von Kindern möglich waren, widerlegt die eindimensionale Schuldzuweisung eindrucksvoll.⁹

Aber selbst wenn man der Demografie eine überragende Bedeutung für unsere Zukunft zubilligt, stößt man auf große Widersprüche. Nehmen wir also kurz an, dass Alterung, mehr Rentner und wenige Kinder das Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung seien.

- *Warum haben die Menschen in Deutschland im Jahre 1900 dann nicht „besser“ gelebt als heute?*

⁹ Vgl. dazu Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren! In: [Gewerkschaftliche Monatshefte](#), Februar 2004

- *Warum sind „alte“ Staaten wie Japan, Deutschland, Australien, Österreich, die Niederlande, die Schweiz oder die skandinavischen Staaten wirtschaftlich deutlich besser gestellt als „junge“ Staaten wie Bangladesch, Nigeria, Kamerun, Tansania, Bolivien oder die Philippinen?*

Und wenn wir auf die Kinderzahl pro Frau schauen, so versucht man uns „demografisch“ weißzumachen, dass die für Deutschland berechneten 1,4 Kinder pro Frau¹⁰ ein Riesenproblem seien, oft als „unvollständige 2/3-Gesellschaft“ tituiert und mit drohendem Untergang assoziiert.¹¹

Soweit die Angst und nun die Fakten:

Deutschland hat nach offiziellen Berechnungen diese 1,4 Kinder pro Frau jetzt schon seit 1970, also etwa zwei Generationen lang. Seitdem hat sich Bevölkerungszahl aber nicht drastisch dezimiert, sondern ist von 78,1 Millionen auf 80,8 Millionen (31.12.2013) gewachsen. Und die wirtschaftliche Leistung hat sich nach Abzug der Preissteigerungen weit mehr als verdoppelt!¹²

Übrigens liegen in Frankreich die Geburtenzahlen seit längerem bei etwa 2 Kindern pro Frau. Geht es den Menschen deshalb dort wirtschaftlich besser?

Nein, reine Demografiedaten sagen wenig über den wirtschaftlichen Zustand einer Gesellschaft, die „Demografisierung“ der Diskussion ist ein grober Fehler. Wir sollten ohne Demografie-Angst die Diskussion darüber, was unsere Gesellschaft bestimmt, neu starten, und dann zu eigenen Schlüssen kommen.

10 Zur Problematik der Berechnung der Kinderzahl pro Frau s. die Arbeiten von Michaela Kreyenfeld, MPI für demografische Forschung, Rostock, z.B. <http://www.zeit.de/gesellschaft/2011-09/demografie-korrigierte-geburtenzahlen-2> oder www.demografische-forschung.org/archiv/defo1201.pdf

11 Zur Bestandserhaltung werden rechnerisch 2,1 Kinder je Frau benötigt. Der Demograf Herwig Birg hat deshalb 2006 „ausgerechnet“, dass die Deutschen in 12 Generationen ausgestorben sein werden. (BILD, 15.3.2006).

12 1970 bis 1991 in der BRD 76% mehr, 1991 bis 2013 in Deutschland 31% mehr, ergibt zusammen 130% mehr – Achtung Zinseszinsseffekt: $Wert_{1970} * 1,76 * 1,31$

Ein letztes Wort zur merkwürdigen Diskussion über Bevölkerungspyramiden: Nach üblicher Interpretation gingen diese von der Form einer gesunden Tanne langsam aber dramatisch in eine Urnenformen über. Aber was bedeutet die Pyramide in Form einer Tanne?

Zunächst werden viele Kinder geboren, von diesen stirbt bereits ein großer Teil in jungen Jahren. Jahr für Jahr sterben mehr Menschen eines Jahrgangs. Da im Alter nur noch sehr wenige von ihnen übrig bleiben, ist die Spitze ziemlich dünn. Dieses Modell ist nicht unbedingt als besonders menschenfreundlich einzustufen. Und wirtschaftlich sind, wie oben beschrieben, die „Gesellschaften mit der Tanne“ auch viel schlechter dran.

Der letzte Abschnitt belegt eindeutig: Auch rein demografisch betrachtet, ist eine Unterlegenheit älterer Gesellschaften nicht festzustellen, ganz im Gegenteil. Die Kinderzahl pro Frau als Indikator für das soziale Wohlergehen ist ebenfalls kein geeignetes Kriterium. Die Demografisierung lenkt somit nur von anderen, wichtigeren Problemen ab.

Mit diesem Artikel soll vor der weit verbreitete „Demografie-Angst“ gewarnt werden. Das heißt aber nicht, dass die Alterung einer Gesellschaft keine Probleme aufwirft. Nur sind das bei weitem nicht die Hauptprobleme. Wenn wir erfolgreich an diesen Hauptproblemen arbeiten würden, z.B. die Arbeitslosigkeit abbauen, unsere Jugend ausreichend qualifizieren, den großen Reichtum in unserer Gesellschaft wieder mehr für Soziales und die Infrastruktur nutzen würden, wäre mehr als genug da, um eine wachsende Zahl Älterer nicht als Belastung empfinden zu müssen.